

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Beinstraße 44

73430 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de

<http://de-de.facebook.com/roderich.kiesewetter>

<https://de.twitter.com/RKiesewetter>



Kiesewetter kompakt

20/2012

„Bemühungen zeigen Erfolge“/ Persönliche Notizen

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 13. und 14. Dezember

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat sich die CDU geschlossen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel gestellt. Auf dem CDU-Parteitag am vorvergangenen Dienstag und Mittwoch in Hannover wurde Merkel mit knapp 98 Prozent der Delegiertenstimmen als Parteivorsitzende bestätigt – ihr bestes Ergebnis seit Amtsantritt im April 2000. Der Parteitag verabschiedete zudem einen Leitantrag, der den Grundstein für das Wahlprogramm im nächsten Jahr legt. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, warb dafür, dass auch künftig die „große Europäerin Angela Merkel den Kurs“ in Deutschland bestimmen solle. An diesem Montag wurde im Beisein von Angela Merkel der Friedensnobelpreis verliehen. Diese Verleihung bestätigt das Eintreten von CDU und CSU für ein besseres Europa zur Bewältigung der aktuellen Krise und zur dauerhaften Stärkung Europas in der Welt.

An diesem Donnerstag schließlich, gab die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 13. und 14. Dezember in Brüssel ab, in dessen Mittelpunkt der Fahrplan zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion steht. Dank des Sparkurses seien erste Erfolge in der Eurokrise sichtbar, erklärte die Bundeskanzlerin kurz vor ihrer Abreise nach Brüssel. Sie forderte weitere Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und

Wachstum. Dazu sei mehr wirtschaftspolitische Koordinierung nötig. Zu neuen finanziellen Anreizen zeigte sie sich in ihrer Regierungserklärung vor dem EU-Gipfel am Donnerstag bereit und äußerte Erleichterung über den Grundsatzbeschluss der EU-Finanzminister zu einer gemeinsamen Bankenaufsicht. In Irland, Spanien, Portugal und Griechenland gebe es Anzeichen für eine Überwindung der Krise, sagte Merkel. Den Bürgern verlange das viel ab. „Aber die Mühe ist nicht umsonst. Die Bemühungen zeigen Erfolge.“ Sie würdigte, dass Irland Defizite abgebaut hat und die Lohnstückkosten in Portugal, Spanien und auch Griechenland gesunken sind. Die Bemühungen etwa der griechischen Regierung hätten weiter die Unterstützung Deutschlands verdient. Merkel signalisierte die Bereitschaft Deutschlands, zur Erholung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Partner befristete finanzielle Anreize zu schaffen. Sie warnte jedoch: „Dies sollte nicht missverstanden werden.“ Dies könne nicht als „Vorwand zur Erschließung neuer Geldquellen“ verstanden werden. Das sei jedenfalls mit Deutschland nicht zu machen. Konsolidierung sei notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum.

Vom EU-Gipfel in Brüssel erwarte sie einen Fahrplan für konkrete weitere Schritte hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa und zu mehr wirtschaftspolitischem Gleichklang. Die industrielle Produktion in der EU müsse wieder kräftiger wer-

den. „Deshalb stehen wir bei der zwingend notwendigen Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung ganz am Anfang.“ Verlust von Wettbewerbsfähigkeit eines Staates könne für alle EU-Staaten neue Probleme bringen, sagte Merkel. Nötig sei ein neues gestuftes, differenziertes Verfahren: Die einzelnen EU-Staaten sollten mit Zustimmung ihrer Parlamente rechtsverbindliche Reformvereinbarungen mit der Gemeinschaft schließen. Über die grundsätzliche Einigung der EU-Finanzminister auf eine europäische Bankenaufsicht zeigte sich Merkel erleichtert: „Es ist nicht hoch genug einzuschätzen.“ Es sei gelungen, Kernforderungen Deutschlands durchzusetzen. Bei Fehlentwicklungen in großen Banken könne in absehbarer Zeit gegengesteuert werden. Hintergrund: In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hatten sich die EU-Finanzminister auf eine europäische Bankenaufsicht geeinigt, die im März 2014 arbeitsbereit sein soll. Die Aufsicht soll verhindern, dass Banken von nationalen Aufsichtsbehörden nicht streng genug kontrolliert werden und dann durch Finanzprobleme Staaten oder gar das gesamte europäische Finanzsystem in Schwierigkeiten bringen. Dabei hatte sich Deutschland mit der Forderung durchgesetzt, dass kleine Banken wie die deutschen Sparkassen unter nationaler Aufsicht bleiben. Die Jugendarbeitslosigkeit bezeichnete die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung erneut als zentrales Thema und in die nähere Zukunft blickend sieht sie die Europäische Union nicht in der Lage, weitere Länder aufzunehmen. Mitte nächsten Jahres werde voraussichtlich Kroatien als 28. Mitglied aufgenommen. Für Entscheidungen zu Beitrittsverhandlungen mit weiteren Ländern sei die Zeit nicht reif.

Beschneidung von Jungen bleibt erlaubt

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am Mittwoch ein entsprechendes Gesetz, das dies klarstellt. Das Gesetz ist eine Reaktion auf das Urteil des Landgerichts Köln vom Mai, das die religiös begründete Beschneidung als rechtswidrige Körperverletzung gewertet hatte. Das Urteil hatte Juden und Muslime in Deutschland tief verunsichert. Im elterlichen Sorgerecht wird nun klargestellt, was bisher schon gilt: Eltern können in eine Beschneidung ihres Sohnes unter bestimmten Voraussetzungen einwilligen. Dazu gehört, dass sie umfassend über die Risiken und Folgen einer Beschneidung aufgeklärt werden und dass der Eingriff nach den Regeln der ärztlichen Kunst erfolgt.

Grundsätzlich dürfen nur Ärzte den Eingriff vornehmen. Ausnahmen sind Personen, die von Religionsgemeinschaften dafür vorgesehen und speziell ausgebildet sind, beispielsweise jüdische Mohalim. Sie dürfen einen Jungen nur in den ersten sechs Lebensmonaten beschneiden. Zu den Regeln der ärztlichen Kunst gehört auch eine möglichst effektive Schmerzbehandlung. Die Eltern sind außerdem verpflichtet, den Willen des Sohnes in ihre Entscheidung einzubeziehen – und zwar umso mehr, je älter das Kind ist. Eine Beschneidung ist dann nicht erlaubt, wenn sie das Wohl des Kindes gefährden würde. Mit dem Kölner Landgericht hatte erstmals ein deutsches Gericht die rituelle Beschneidung, die für Muslime und Juden von essenzieller religiöser Bedeutung ist, in Frage gestellt. In Deutschland war die Beschneidung bisher stets erlaubt. Nach dem Urteil fürchteten Juden und Muslime um die Zukunft ihres religiösen Lebens in Deutschland.

Afghanistan-Kontingent soll verkleinert werden

Das Bundeswehrekontingent in Afghanistan soll nach dem Willen der Bundesregierung weiter verkleinert werden. Künftig sollen bis zu 4.400 Männer und Frauen in das Land am Hindukusch entsandt werden. Dies geht aus einem Antrag der Bundesregierung hervor, der an diesem Donnerstag in erster Lesung im Bundestagsplenum beraten wurde. Gegenwärtig umfasst das deutsche Kontingent als Teil der Nato-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) bis zu 4.900 Soldaten. Darüber hinaus ist es das Ziel der Bundesregierung, zum Ende des Mandatszeitraums im Februar 2014 das Kontingent auf bis zu 3.300 Soldaten zu reduzieren, "soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden". Wenn der jetzt eingeschlagene Weg "konsequent" weiter beschritten werde, werde Afghanistan am Ende des Jahres 2014 in der Lage sein, die Sicherheitsverantwortung landesweit und vollständig wahrzunehmen.

Wolfgang Schäuble: 40 Jahre im Bundestag

In dieser Woche beging die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ein ganz besonderes Dienstjubiläum, welches in der Geschichte der Bundesrepublik erst einmal gefeiert wurde und zwar am 7. September 1989 vom ehemaligen Bundestagspräsidenten Richard Stücklen.

Stücklen gehörte an diesem Tag seit der ersten Wahl 1949 dem Deutschen Parlament 40 Jahre ununterbrochen an. Richard Stücklen schied mit Ablauf der 11. WP im Dezember 1990 aus dem Deutschen Bundestag aus und ist seither dienstältester MdB mit 41 Jahren oder 15.078 Tagen ununterbrochener Mitgliedschaft. In dieser Woche jährte sich zum 40. Mal die Konstituierung des 7. Deutschen Bundestages. Am 13. Dezember 1972 zog erstmals der damals 30-jährige Regierungsrat im Finanzamt Freiburg, Dr. Wolfgang Schäuble, für den Wahlkreis Offenburg in den Deutschen Bundestag ein. Wolfgang Schäuble ist damit aktuell der Dienstälteste Abgeordnete. In einer kleinen Feierstunde wurde im Beisein des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert an die Höhepunkte des parlamentarischen Wirkens Schäubles erinnert. Die langjährigen Weggefährten von Wolfgang Schäuble, Micheal Glos und Heinz Riesenhuber – beide folgen ihm in der Rangfolge der dienstältesten Abgeordneten und sind seit 1976 ununterbrochen im Parlament – berichteten über ihre gemeinsame langjährige parlamentarische Zusammenarbeit.

Wolfgang Schäuble wird in der nächsten Legislaturperiode einen Rekord brechen: Er wird im 18. Deutschen Bundestag der Abgeordnete sein, der dem Parlament zwölf Wahlperioden ununterbrochen angehören wird – wie vor ihm noch kein Abgeordneter. Den Rekord von Richard Stücklen mit 15.078 Tagen Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag wird Wolfgang Schäuble am 26. März 2014 brechen und dann der dienstälteste Abgeordnete des Deutschen Bundestages in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein.

Zitat:

„Wenn ich da immer gleich eingeschnappt wäre, könnte ich keine drei Tage Bundeskanzlerin sein.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am 16. November in Moskau zur Akzeptanz von Kritik, nachdem sie die russischen Verhältnisse moniert hatte)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Am 30. November fand in Neunheim die mit Spannung erwartete Jahreshauptversammlung der Jungen Union Ellwangen statt. Der befürchtete Auftritt von Sympathisanten der "Blauen Narzisse" blieb aus- die JU hat gezeigt, "rechts-

außen" hat dort keinen Platz. Tobias Kling und sein Team wurde mit beeindruckender Mehrheit wiedergewählt. Am Samstag leitete ich den Arbeitskreis Bundeswehr der CDU in Stuttgart, der Landeskommandeur Oberst Kuhn trug zur Neuausrichtung der Bundeswehr in Baden-Württemberg und die Rolle der Reserve vor. Anschließend ging es nach Singen, wo ich der dortigen Jungen Union und der Caritas in einer spannenden Diskussion Rede und Antwort zum Bundesfreiwilligendienst stand.

Der Sonntag stand ganz im Zeichen des Ehrenamts, zunächst in Unterkochen bei der beeindruckenden Ehrungsfeier des Turnbaus Ostwürttembergs, anschließend bei der Ehrungsfeier des SV Mergelstetten 1879 in der übervollen Festhalle mit einem hervorragenden Programm. Ferner besuchte ich die gemütlichen Weihnachtsmärkte in Essingen und Westhausen bevor es abends dann nach Tannhausen zur Jahreshauptversammlung der CDU Tannhausen ging. Auch hier spürte ich Aufbruchsstimmung, viele junge Leute an einem Adventsabend in einer politischen Diskussion - das ist nicht selbstverständlich.

Bevor es dann zu Wochenbeginn nach Hannover zum Bundesparteitag ging, besuchte ich an der Hochschule Aalen die Verleihung der Ehrensatorwürde an Prof. Dr. Kurz und Landrat Pavel sowie am Folgetag zum dritten Mal in Folge das Energiewirtschaftliche Forum von EnBw OdR und Hochschule Aalen in Ellwangen als Vortrags- und Podiumsgast. Was mich sehr freute, über 100 Schülerinnen und Schüler gymnasialer Schulen aus dem Altkreis Aalen nahmen teil und meine alte Schule, das HG Ellwangen, richtete einen Großteil der Veranstaltung aus. Es ging um die Energieversorgung in Deutschland bis zum Jahr 2030. Die Energieversorgung gehört zu meinen Schwerpunktthemen, denn von einer bezahlbaren, wettbewerbsfähigen und sozial ausgewogenen Energieversorgung hängt die Zukunft unseres Landes entscheidend ab. Um diese Sicherheit geht es mir ganz entscheidend, denn davon lebt der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dezentrale Versorgungs- und Speicherstrukturen in unserer Heimat sind ein guter Weg, vor allem, wenn die Wertschöpfung vor Ort bleibt und auch die

Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten

Industrie eine wettbewerbsfähige Infrastruktur behält!

Der CDU Bundesparteitag vom 3. bis 5. Dezember in Hannover war beeindruckend, die Diskussionskultur viel ausgeprägter als in der Vergangenheit und wir Baden-Württemberger mit Thomas Strobl an der Spitze und einer Reihe von Frauen im Bundesvorstand sehr gut vertreten.

Wieder zurück im Wahlkreis nahm ich an der Sitzung des Kuratoriums der Hochschule Aalen teil, die Studenten und Dozenten plagen Parkplatzsorgen, hier ist sicher auch das Einvernehmen zwischen Stadt und Hochschule gefordert, denn die Hochschule ist schon ein Leuchtturm unserer Region. Anschließend ging es nach Riesbürg, zur öffentlichen Jahreshauptversammlung der CDU in Utzmemmingen im überfüllten Saal. Das Durchschnittsalter des Vorstands wurde von 76 Jahren auf deutlich unter 40 reduziert und mit Julian Schwarz haben wir mit 20 Jahren den jüngsten CDU Ortsvorsitzenden in ganz Baden-Württemberg, ein wirklich gelungener Stab- und Generationswechsel.

Am Nikolaustag nahm ich am Pflegeforum in Heidenheim an der Dualen Hochschule teil, das mein Kollege Bernd Hitzler MdL mit einem beeindruckend besetzten Podium organisiert und gestaltet hat. Es fehlen uns auch in Baden-Württemberg mehrere Zehntausend Pflegekräfte. Die gesellschaftliche Anerkennung dieses so wichtigen Berufs muss gesteigert werden, nicht nur durch Geld, sondern auch durch ansprechende Arbeitszeiten und Wertschätzung. Ich rechne in den nächsten Jahren mit einer Wiederbelebung der Diskussion um einen Anreizdienst, weil vom demographischen und gesellschaftlichen Wandel nicht nur der Pflegedienst, sondern auch FFW, THW und die Rettungs-/Hilfsdienste betroffen sein werden. Einen Pressebericht dazu können Sie [hier](#) lesen.

Am 8. Dezember nahm ich mit meinem Kollegen Winfried Mack an der Einweihung des Samaritertifts Ebnat teil – eine gelungene und bitter nötige soziale Einrichtung in einem Teilort Aalens. Es ist sehr wichtig, dass es die Familien zu ihren pflegebedürftigen Angehörigen nicht weit haben, sobald sie häusliche Pflege nicht mehr

leisten können. Presseberichte dazu finden Sie [hier](#). Nach der Weihnachtsfeier der CDU Ellwangen und dem Engelskonzert als Schirmherr in der Aalener Stadtkirche zugunsten der AG Röttenberg klang der Abend bei der gut besuchten Weihnachtsfeier der RK Dewangen in Höfen aus.

Am Sonntag, dem Kolping-Gedenktag hielt ich die Festansprache zum Thema "Was hätte Adolph Kolping heute zu unserer aktuellen Politik zu sagen?" Kurz gefasst: Er würde sicherlich noch mehr Betonung auf Bildung, gute Erziehung und Zeit für die sozial schwächeren Nächsten legen. Presseberichte dazu können Sie [hier](#) lesen.

Aus Witterungsgründen fuhr ich schon Sonntagabend nach Berlin, da für Montag etliche Flugausfälle angekündigt waren.

2. Berlin

Als Delegationsleiter des Bundestages der Parlamentarischen Versammlung der Union für das Mittelmeer war ich Gastgeber für Delegationen aus rund 20 Staaten, es ging um Energieversorgungssicherheit und Umweltschutz rund um das Mittelmeer, eine Organisation, wo Israelis und Palästinenser einträchtig miteinander arbeiten. Ferner war auf meine Einladung der Chef eines energieintensiven Unternehmens der Region zu Gast, um unseren Energie- und wirtschaftspolitischen verantwortlichen Politikern die Auswirkungen der Energiewende auf energieintensiven Betriebe zu erläutern, ein Augenöffner.

Des weiteren stand die letzte Sitzungswoche des Bundestages in diesem Jahr für mich unter dem Zeichen zahlreicher Gespräche mit Kirchen und anderen gesellschaftlich aktiven Gruppen zum Thema "wie sicher leben wir morgen?", hier sammle ich viel Hintergrundwissen für meine Arbeit. Des weiteren hielt ich meine 41. Rede im Bundestag, die Sie [hier](#) abrufen können.

Von Donnerstag bis Samstag haben mich die JU Heidenheim und die JU Altkreis Aalen besucht mit einem spannendem Programm rund um den Bundestag. In einer ausführlichen Diskussion am Freitag haben mich die jungen Frauen und Männer gut gefordert, Kompliment!

Freitagabend war ich noch bei der Weihnachtsfeier unseres CDU-Landesvorstandes und am

Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten

Samstag begann der Tag mit der Ortsvorsitzendenkonferenz der CDU Ostalb. Neben einer Reihe von CDU-Veranstaltungen am Wochenende, u.a. in Nordhausen und Gien-gen ließ ich den 3. Advent gemeinsam mit meiner Frau bei einem geistlichen Konzert in der Wallfahrtskirche Schönenberg ausklingen.

Mit Ablauf dieses Jahres verlässt unser Berliner Büro Frau Sigrid Jokl-Gehring. Sie geht nach über 20 Jahren harter und fleißigster Arbeit für Bundestagsabgeordnete in den Ruhestand. Mir hat sie in den vergangenen über drei Jahren als Ihr MdB meine Arbeit erst ermöglicht. Vielen von Ihnen ist sie vertraut und ans Herz gewachsen. Die Verabschiedung von Frau Jokl-Gehring ist kein Abschied für immer, sie wird unser Büro weiter in Teilzeit unterstützen. Ich möchte sie gerne zum Ende des Wahlkampfes im großen Kreis aus unserem Wahlkreis mit all ihren Freunden und Bekannten unserer Region würdigen und in einem schönen Rahmen herzlich danken. Dazu lade ich Sie rechtzeitig ein, voraussichtlich wird der Termin im Zuge der Bundestagswahl im September sein.

Des weiteren wird mein wissenschaftlicher Mitarbeiter Dr. Christoph Grams zum ersten Januar im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ, verbeamtet, ein guter Weg für einen jungen Familienvater. Beiden gilt mein herzlicher Dank für ihren unermüdlichen Einsatz für den Wahlkreis. Herrn Dr. Grams folgt Herr Conrad Clemens, dessen Eltern in Bad Boll leben, Frau Jokl-Gehring's Arbeit wird bis zum Ende der Legislaturperiode von Frau Steffi Christ aus Unterschneidheim übernommen, die auch Herrn Alexander Arendt in seiner Arbeit für das Büro unterstützen wird.

3. Sonstiges

Von Montag bis Mittwoch werde ich im Auftrag unserer Fraktion als Delegationsleiter wieder in Libyen sein und mich über die Lage von Christen und anderen Minderheiten in diesem Umbruchland informieren. Ferner geht es mir um die Sicherheitslage und die Frage, ob Flüchtlingsströme zu erwarten sind? Außerdem sind die hohen Kosten der Behandlung von Bürgerkriegsopfern in deutschen Krankenhäusern von diesem sehr reichen, aber zerstrittenen Land

immer noch nicht beglichen, auch hier gilt es nachzuhaken.

Am 20. Dezember werde ich wie jedes Jahr den ganzen Tag soziale Einrichtungen im Altkreis Aalen und am 27. Dezember im Kreis Heidenheim besuchen.

Das nächste KK erscheint in seiner Ausgabe 1/2013 am 18. Januar.

Ich danke Ihnen und Euch allen für die aufmerksame und hilfreiche Begleitung das ganze Jahr 2012 über, für mich und meine Familie war es ein schönes Jahr. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Fest im Kreise Ihrer Lieben und alles erdenklich Gute für ein glückliches Jahr 2013.

Ihr und Euer

